

«Es ist bereits fünf nach zwölf»

Ernährungssouveränität Nationalrätin und Biobäuerin Maya Graf betont, dass die Schweizer Landwirtschaft nicht nur die Umwelt schonen und die Ressourcen effizient nutzen soll, sondern auch, dass sie nicht auf Kosten anderer Völker produzieren darf.

VON DANIEL HALLER

Frau Graf, wie viel müssten wir für die Lebensmittel bezahlen, wenn die Bäuerinnen, Bauern und ihre Angestellten faire Löhne hätten?
Maya Graf: Ob dann der Liter Milch 2 oder 5 Franken kosten müsste, kann ich nicht spontan beantworten. Ich stelle aber fest: Ist der Weg vom Hof zu den Produzenten kurz, ist es für uns Bauern einfacher, einen fairen Preis zu erzielen. Produzieren wir dagegen Rohstoffe als Massengut, nehmen diese den Weg über Zwischenhandel, Verarbeiter und Grossverteiler. Dann sinkt der Produzentenpreis laufend, die Marge bis zum Konsumenten wird immer grösser. Verlierer sind die Bauernfamilien.

Aber was wäre denn ein fairer Preis?
Mieten, Versicherungen oder auch Freizeit und Kommunikation machen einen immer höheren Anteil des Warenkorb aus. Die Wertschätzung für Nahrung hat dagegen abgenommen. Es gibt aber zunehmend Leute, die wieder bereit sind, mehr fürs Essen auszugeben. Sie verlangen dafür Transparenz, ob die Lebensmittel nachhaltig hergestellt wurden, woher sie stammen und ob das Tierwohl stimmt. Daran müssen wir arbeiten, denn so, wie ich esse, sieht am Schluss die Umwelt aus. Ein fairer Preis enthält also nicht nur die Kosten für die Produktion, sondern auch einen Umwelt- und Kulturlandschaftsbeitrag. Dies geschieht in Form von Direktzahlungen.

Sind die Direktzahlungen ein Valium, damit Bauern nicht mit Demos Strassen blockieren und sich die Gesellschaft nicht mit kostendeckenden Lebensmittelpreisen befassen muss?

Ich sehe es nicht so, dass die Bauern einfach mit Direktzahlungen abgespeist werden. Vorher hatten wir ein System, in dem der Bund die Preise garantierte und die Produkte abnahm. Die Bauern produzierten für den Staat und waren nicht marktbegeistert. In den 90er-Jahren hat man die Preisgarantien aufgehoben und bezahlt nun den Bauern ihre Leistungen für die Allgemeinheit per Direktzahlungen. Dieses System der multifunktionalen Landwirtschaft wird übrigens von anderen Ländern übernommen, die ihre Landwirtschaft schützen wollen, ohne durch Subventionen die WTO-Regeln zu verletzen. Ich finde dieses System gut, aber es muss im Gleichgewicht sein.

Im Baselbiet betrug 2012 die landwirtschaftliche Nettowertschöpfung 11,7 Millionen Franken. Die Direktzahlungen erreichten gemäss Ebenrain mit 54,7 Millionen mehr als das Vierfache. Ist das ein Gleichgewicht?
Dieses Verhältnis ist ungesund. Im Idealfall wäre es halb-halb.

Wie kann man das verbessern?
Man muss auf Qualität und Regionalität setzen und auf hohe Wertschöpfung wie beispielsweise Obst, Beeren, Wein, Weidefleisch, regionale Spezialitäten etc. Im Baselbiet, wo wir sozusagen vor der Haustüre einer grossen Agglomeration produzieren, müsste mehr Direktverkauf möglich sein. Produzentenfamilien müssen die Vermarktung wieder selbst in die Hand nehmen, damit ihnen nicht der Zwischenhandel die Butter vom Brot nimmt.

Geht das?
Ja. Die Biobetriebe haben Pionierarbeit geleistet, indem sie seit einem Vierteljahrhundert für den Markt produzieren, mehr direkt vermarkten, mehr Wertschöpfung selber erzielen und mit einem starken vertrauenswürdigen Label aus von Verarbeiter und Grossverteiler bessere Preise verlangen können.

Tun dies die anderen Bauern nicht?
Die Landwirtschaft ging den Weg durch Genossenschaften, um eigene Unternehmen zu gründen wie beispielsweise die Miba oder Landi. Allerdings haben die ursprünglichen Selbsthilfeorganisationen, die Verarbeiter und Handel in Bauernhand organisieren sollten, sich zu Grossunternehmen gewandelt. So nutzt Emmi zwar die Schweizer Milch und das Schweizer Kreuz zu Werbezwecken. Aber zugleich ist Emmi daran



Maya Graf an einem jungen Hochstamm-Bühler-Zwetschenbaum. Die Grossverteiler haben diese traditionelle Sorte wegen der Grösse aus ihrem Tafelzwetschensortiment eliminiert.

NICOLE NARS-ZIMMER

interessiert, dass die Milch möglichst billig wird, und fördert die Überproduktion, damit der Preis tief bleibt. Die Bauern haben ihren Organisationen viel Macht abgegeben. Hinzu kommt die Spaltung in Grosse und Kleine durch den Strukturwandel. Das führt dazu, dass sie sich nicht einig sind.

Sind nicht das Streben nach Grösse, der Anbau von Hochleistungsarten, grossflächige Monokulturen, Kunstdünger und Chemie ein valabler Versuch, angesichts schlechter Produzentenpreise die Kosten zu senken?
Produziert man einen Rohstoff in grosser Menge, überlässt man die Wertschöpfung - etwa bei Milch und Fleisch - den Verarbeitern. Gleichzeitig erfordert Grösse auch hohe Investitionen. Entsprechend ist die Schweizer Landwirtschaft stark verschuldet. Hinzu kommt, dass sich die Futtermittelimporte in 20 Jahren verdoppelt haben. Wir können also die intensive Landwirtschaft nicht mit den eigenen Ressourcen betreiben, sondern sind auf Eiweissimporte in grossem Stil angewiesen.

Was ist die Alternative?
Heute kommt die Hälfte unserer Lebensmittel aus dem Ausland, und dieser Austausch bringt uns Vielfalt. Ich bin aber klar dafür, dass jedes Land nicht nachhaltig, da er die Umwelt belastet. Wir benötigen eine ressourcenschonende Landwirtschaft, die viel Wert auf Qualität legt. Massenprodukte haben heute - nicht nur in der Landwirtschaft - fast keinen Wert mehr. Das ist einfach die Realität.

Solche Massnahmen der Agrarpolitik 14-17 kritisieren viele Bauern als «produktionsfeindlich».

Umstellung noch viele Unsicherheiten bestehen. Zudem wird man gründlich evaluieren müssen, was funktioniert und was nicht. Tatsache ist aber, dass die Schweizer Landwirtschaft noch nie so viel wie heute auf immer weniger Land produziert. Wer von Ernährungssicherheit redet, muss auf seinem Acker nicht Futtergetreide, sondern Brotgetreide, Gemüse oder Früchte produzieren. Was bringt es, mit Soja auf Kosten anderer Länder hier eine Milch- und Fleischschwemme zu produzieren?

Politisch wird es aber als Erfolg verkauft, wenn man dann Milchpulver nach China liefern kann.
Das ist kein Erfolg, denn im Kässeli der Produzenten zählt sich das nicht aus. Sie haben mehr davon, wenn sie über eine regionale Molkerei die Milch zu einem besseren Preis verkaufen können. Erfolg ist, wenn sie wie der ehemalige Bauernpräsident Hansjörg Walter - einen Markenkäse wie den Appenzeller AOC etablieren können und so das Kilo Milch für 80 statt 60 Rappen verkaufen. Um auf Ihre Frage zurückzukommen: Man hat den Weg der Intensivierung versucht und stösst betriebswirtschaftlich an Grenzen bei den Schulden und bezüglich Abhängigkeit von den Abnehmern. Zudem ist dieser Weg nicht nachhaltig, da er die Umwelt belastet. Wir benötigen eine ressourcenschonende Landwirtschaft, die viel Wert auf Qualität legt. Massenprodukte haben heute - nicht nur in der Landwirtschaft - fast keinen Wert mehr. Das ist einfach die Realität.

Sie fordern also Protektionismus? Heute kommt die Hälfte unserer Lebensmittel aus dem Ausland, und dieser Austausch bringt uns Vielfalt. Ich bin aber klar dafür, dass jedes Land nicht nachhaltig, da er die Umwelt belastet. Wir benötigen eine ressourcenschonende Landwirtschaft, die viel Wert auf Qualität legt. Massenprodukte haben heute - nicht nur in der Landwirtschaft - fast keinen Wert mehr. Das ist einfach die Realität.

Voraussetzung für diese Strategie

Ist ein gewisser Grenzschutz. Viele Bauern haben deshalb Angst vor einem Freihandelsabkommen mit der EU.

Ich teile diese Angst und bin gegen das Freihandelsabkommen. Fällt der Zollschutz weg, können Produkte, die unter schlechteren Umwelt- und Sozialbedingungen hergestellt worden sind, importiert werden und unsere Produktion bedrohen. Wir haben bereits heute eine Teilöffnung gegenüber der EU, etwa beim Käse. Wir können zwar viel Käse exportieren, aber es kam ebenso viel Käse in die Schweiz. Der Milchpreis ist in dieser Zeit eher gesunken. Die Aussage der Agrarfreihandels-Befürworter, wir würden davon profitieren, stimmt also nicht. Weitere partielle Öffnungen haben wir etwa bei Kirschen und Zwetschen. Da gilt der Zollschutz nur dann, wenn die Schweizer Tafelkirschen und -zwetschen gegen die lokalen Ressourcen gebunden. Deshalb muss man die Landwirtschaft von den WTO-Regeln befreien - nicht zuletzt zugunsten der Entwicklungsländer.

Wie meinen Sie das?
Ich habe im Senegal gesehen, wie Bohnen - statt für die Bevölkerung - für Frankreich angebaut werden. Der Boden dafür ist für 100 Jahre an einen Konzern verpachtet. Und für den industriellen Sojaanbau wurden in Brasilien und Paraguay Hunderttausende Kleinbauern vertrieben. Damit müssen wir aufhören. Wenn wir uns auf Kosten anderer Völker ernähren, verletzen wir dort das Menschenrecht auf Ernährung. Das ist nicht akzeptabel. Das Gleiche gilt für die Agrexport: Für die senegalesischen Bäuerinnen waren Hühner ihre Bargeldquelle. Jetzt können sie diese aber auf dem Markt nicht mehr verkaufen, weil Frankreich und die Schweiz jene Hühnerhälften, die wir verschmähen, billigst dorthin exportieren.

delsabkommens zwischen EU und den USA.

Heisst dies für die Bauern, dass sie sich mit Abschottungsverträgen à la Ecopop oder SVP verbünden müssen?

Nein, überhaupt nicht, gerade in der Region Basel leben wir schon immer mit offenen Grenzen erfolgreich. Nicht die Frage der Anzahl Menschen ist entscheidend, sondern wie wir essen, produzieren, leben. Diese Diskussion ist zentral. Lebensmittel kann man nicht mit Industrieprodukten gleichsetzen, denn landwirtschaftliche Produkte sind immer an die lokalen Ressourcen gebunden. Deshalb muss man die Landwirtschaft von den WTO-Regeln befreien - nicht zuletzt zugunsten der Entwicklungsländer.

Wie meinen Sie das?
Ich habe im Senegal gesehen, wie Bohnen - statt für die Bevölkerung - für Frankreich angebaut werden. Der Boden dafür ist für 100 Jahre an einen Konzern verpachtet. Und für den industriellen Sojaanbau wurden in Brasilien und Paraguay Hunderttausende Kleinbauern vertrieben. Damit müssen wir aufhören. Wenn wir uns auf Kosten anderer Völker ernähren, verletzen wir dort das Menschenrecht auf Ernährung. Das ist nicht akzeptabel. Das Gleiche gilt für die Agrexport: Für die senegalesischen Bäuerinnen waren Hühner ihre Bargeldquelle. Jetzt können sie diese aber auf dem Markt nicht mehr verkaufen, weil Frankreich und die Schweiz jene Hühnerhälften, die wir verschmähen, billigst dorthin exportieren.

Zurück zum Baselbiet: Kulturland wird laufend zubetoniert. Ist vor diesem Hintergrund Ernährungssouveränität nicht eine Illusion und Landwirtschaft ein Auslaufmodell?
Eigentlich ist es bereits fünf nach zwölf: Wir halten im Baselbiet nicht einmal die vom Bund vorgeschriebenen Fruchtfolgeflächen ein, sondern mögeln uns durch. Konsequenter Kulturlandschutz muss erste Priorität haben. Dafür bietet das neue Raumplanungsgesetz zwar einen Anfang. Doch die Umsetzung in den Kantonen harzt. Dabei muss man klar festhalten: Unser Land ist fertig gebaut. Welche Kosten für den Unterhalt und die Umnutzung all dieser Gebäude und Infrastrukturen wollen wir den kommenden Generationen noch aufbürden, wenn wir so weiterbauen und dafür unsere Ernährungsgrundlage vernichten? Dabei gäbe es viele Industriebrachen und Möglichkeiten, bestehende Siedlungs- und Gewerbegebiete intensiver zu nutzen. Das erfordert Kreativität: Nachhaltige Architektur verbaut heute keinen neuen Boden mehr.

LANDWIRTSCHAFT TEIL 15, SCHLUSS

MAYA GRAF

Politische Bio-Bäuerin

Seit Maya Graf (52) 2001 für die Grünen in den Nationalrat eingezogen ist, betreut sie für ihre Fraktion das Landwirtschafts- und Gentechdossier. Als Präsidentin der Schweizerischen Gentechfrei Allianz kämpfte sie für das vom Volk 2005 angenommene Gentech-Moratorium. Als Hochstamm-Suisse-Co-Präsidentin setzt sie sich für die Förderung von Hochstamm-Obst ein. Graf ist Mitinitiantin der kürzlich von den Grünen lancierten Volksinitiative für faire Lebensmittel, die gleiche Standards für Importlebensmittel verlangt (Fairfood-Initiative). Graf ist Mitglied der Wissenschafts-, Bildungs- und Kulturkommission des Nationalrats und der Geschäftsprüfungskommission. 2013 war sie Nationalratspräsidentin. Graf ist in Sissach auf dem Hof «Unter der Fluh» aufgewachsen, machte das Handelsdiplom und schloss die Höhere Fachschule in Basel als Sozialarbeiterin ab. Sie arbeitete im Behinderten- und Asylbereich und ist heute auf dem familieneigenen Biobauernhof tätig, den ihr Bruder und ihre Schwägerin führt. Sie ist mit Niggi Bärtschi verheiratet und hat zwei erwachsene Kinder.

Online finden Sie die Beiträge der bz-Landwirtschaftsserie als Dossier.

SVPLer haben genug von der Rolle als Juniorpartner

Wahlen Monica Gschwinds Kandidatur könnte die FDP teuer zu stehen kommen - SVPLer wollen nun eine Ständeratskandidatur

VON LEIF SIMONSEN

Spätestens seit dem Wochenende ist Monica Gschwind die grosse Hoffnungsträgerin der Baselpolier Bürgerlichen. Die Allianz der CVP, FDP und SVP hat sich für die freisinnige Landrätin und Hölsteiner Gemeindepräsidentin als Kandidatin entschieden. Gschwind soll neben Thomas Weber (SVP), Toni Lauber (CVP) und Sabine Pegoraro (FDP) als vierte Bürgerliche in die Regierung einziehen. Die bürgerlichen Parteiprääsidenten begründeten ihren Entscheid damit, dass Gschwind die Kandidatin mit der «besten Wählbarkeit» sei, wie sie in der Mitteilung schrieben.

So ganz ohne Zwischentöne wird der SVP-Parteitag vom nächsten Donnerstag allerdings nicht über die Bühne gehen, an welchem die Basis über die Nominierung Gschwinds befand. Nicht alle sind mit dem Einlenken des Parteiprääsidenten Oskar Kämpfer einverstanden. Er hat es versäumt, seinen Verhandlungspartnern die SVP-Kandidatin Caroline Mall und Dominik Straumann schmackhaft zu machen. Dies stösst einigen von Kämpfers Parteikollegen sauer auf, zumal die SVP der FDP im Herbst 2015 wiederum als Stimmenfänger zur Seite stehen soll. Wie die drei bürgerlichen Parteiprääsidenten Oskar Kämpfer (SVP), Marc Scherrer (CVP) und Christine Frey (FDP) im Juli in einer Medienmitteilung bekräftigten, hat die bürgerliche Wahlallianz über die Regierungswahlen im Februar hinaus Gültigkeit. «Für die Ständeratswahlen im Oktober 2015 wurde beschlossen, dass man gemeinsam mit einer bürgerlichen FDP-Kandidatur antreten wird», schrieb das Trio.

Wenger kritisiert Kompromisse

Dieses Versprechen könnte Kämpfer in Erklärungsnot bringen, wie Recherchen der bz zeigen. Wenn die SVP nun nämlich die Freisinnige Gschwind nominieren, werden innerhalb der Partei

Begehrlichkeiten geweckt. «Sollte die FDP diese Kandidatur bekommen, dann müssen wir Bürgerlichen uns nochmals an einen Tisch setzen. Wir haben das Recht, über diese Ständeratskandidatur zu sprechen», sagt beispielsweise SVP-Landrat Paul Wenger. Er könne das Argument nicht mehr hören, die FDPler hätten in Majorzwahlen die grösseren Wahlchancen. «Damit kannst du sämtliche SVP-Kandidaturen infrage stellen», ereifert er sich. Der Reinacher zweifelt offensichtlich am eingeschlagenen Weg der Parteispitze. «Wir können doch als wählerstärkste Partei nicht zum Steigbügelhalter der FDP degradiert werden.»

Vereinbarung nicht verhandelbar

Sein Fraktionskollege Georges Thüring ist ebenfalls der Meinung, dass die SVP ihre Interessen wahrnehmen sollte. «Nach den kantonalen Wahlen beginnt ein neues Spiel», so der Laufentaler. Den einzelnen Vereinbarungen der bürgerlichen Wahlallianz misst Thüring nicht allzu viel Bedeutung bei. «Ich bin alt genug zu wissen, dass nicht alles gilt, was Politiker beschliessen», meint er. Weiterhin als «nicht verhandelbar» bezeichnet FDP-Präsidentin Christine Frey den Anspruch ihrer Partei auf eine Ständeratskandidatur. «Das war ein Teil der Abmachung: Es war allen Beteiligten klar, dass dies unabhängig von der Wahl einer vierten Regierungskandidatur gilt», so Frey. Besonders wortkarg gibt sich SVP-Präsident Oskar Kämpfer. «Ich nehme solche Aussagen von Parteimitgliedern zur Kenntnis - aber ich stehe zu dieser Vereinbarung.»

Kaum bangen muss Monica Gschwind um ihre Kandidatur. Selbst die SVPLer, die den FDP-freundlichen Kurs der Parteileitung kritisieren, rufen nicht zum Aufstand auf. «Ich gehe davon aus, dass wir vorerst diese Nominierung im Sinne des übergeordneten Ziels, dem vierten bürgerlichen Sitz, unterstützen», sagt Paul Wenger.

Neues Schuljahr

Mehr Kindergärtler und Schüler

Mit dem neuen Schuljahr ist mehr Leben in Baselpolier Kindergärten gekommen: 5289 Kinder bedeuten ein Plus von 6,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr. 2735 der aktuellen Baselpolier Kindergärtner besuchen nun die 1. Klasse, gehen also ganz neu zur Schule. Dies ist Unterlagen der Behörden zu entnehmen.

Die Baselpolier Primarschulen bilden derweil insgesamt 12036 Kinder (+3,3 %) in 646 Regelklassen aus. Das entspricht einer durchschnittlichen Klassengrösse von 18,6 Kindern pro Klasse. Neu im Lehrplan ist jetzt Englisch als zweite Fremdsprache ab dem fünften Primarschuljahr.

Baselpolier Gymnasien zählen insgesamt 3228 Jugendliche in Maturitätsklassen; das sind 2,2 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Klassen zählen im Durchschnitt 20,4 Köpfe. Etwas grösser gewordene Klassen in Baselpolier Gymnasien und Fachmatur-Klassen werden mit «restriktiver Klassenbildung» bei mehr Schulkindern erklärt. Allein auf Sek-I-Stufe seien im ganzen Kanton elf Klassen eingespart worden, hiess es.

Die Berufsfachschulen in Baselland weisen gemäss einer Hochrechnung insgesamt 2204 Lernende aus. Diese Zahl liegt unwesentlich über dem Vorjahresniveau. (SDA)